

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Aussenpolitische Kommission

CH-3003 Bern

Sekretariat

www.parlament.ch

apk.cpe@pd.admin.ch

22. Dezember 2003

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick: wichtige Themen der 47. Legislaturperiode 2003 - 2007 im Zuständigkeitsbereich der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (soweit zurzeit voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 15 Absatz 2 GRN haben die Legislativkommissionen folgenden generellen Auftrag:

- a. Beratung der ihnen vom Büro zugewiesenen Geschäfte aus ihren Sachbereichen zuhanden des Rates;
- b. regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Sachbereichen;
- c. Ausarbeitung von Anregungen und Vorschlägen zur Problemlösung in ihren Sachbereichen;
- d. Koordination mit den Kommissionen beider Räte, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten, insbesondere mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Durch Bürobeschluss vom 8. November 1991 wurden der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates folgende Sachbereiche zugewiesen:

Aussenpolitik: Neutralität, Diplomatie, Internationale Beziehungen, Internationale Organisationen, Entwicklungshilfe, Finanzielle Hilfe, Technische Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Menschenrechte.

Aussenwirtschaftspolitik: Beziehungen Schweiz-EU, Beziehungen EFTA-EWR, Verträge mit dem Ausland, Währungsfragen, Beziehungen mit dem IWF, Handels- und



wirtschaftspolitische Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer, Beziehungen der Schweiz zur Weltbank

2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

21 Statistischer Überblick

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat insgesamt **205** Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	2	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	36	
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates	3	
d.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	2	<i>Keine Folge gegeben (2)</i>
e.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	3	<i>Keine Folge gegeben (3)</i>
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.Iv. / Kt.Iv. 2. Phase, Komm.Iv.)	1	<i>Annahme (1)</i>
g.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.Iv.)	1	<i>Annahme(1)</i>
h.	Kommissions-Vorstösse	19	<i>10 Motionen / 9 Postulate</i>
i.	Motionen des anderen Rates	0	<i>Angenommen / Als Postulat überwiesen / Abgelehnt</i>
j.	Petitionen	10	<i>Folge geben / Kenntnisnahme (8) / Abschreibung (1)</i>
k.	Interne Geschäfte	103	
l.	Spezialfälle	25	
	Total	205	

22 Vorlagen des Bundesrates

Die wichtigsten Geschäfte der Kommission:

2000:

- 95.309 Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union vors Volk! Kt.Iv. Jura
- 98.418 Genehmigung von Kapitalaufstockungen des IWF durch das Parlament. Pa.Iv. Gysin Remo
- 99.011 Ja zu Europa! Volksinitiative
- 99.079 Schuldenkonsolidierungsabkommen
- 99.087 FIPOI. Finanzhilfen
- 99.302 WTO-Abkommen. Sozial- und Umweltklausel. Kt.Iv. Wallis
- 00.001 Europarat. Bericht des Bundesrates
- 00.002 Parlamentarierdelegationen beim Europarat. Bericht
- 00.003 Die Schweiz und die Konventionen des Europarates. 7. Bericht
- 00.004 Delegationen EFTA/Europäisches Parlament. Bericht
- 00.005 Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der OSZE. Bericht



00.007 Aussenwirtschaftspolitik 99/1+2. Bericht
00.020 Zolltarifarisches Massnahmen 1999/II. Bericht
00.024 Förderung des Exports. Bundesgesetz
00.070 Zolltarifarisches Massnahmen 2000/I. Bericht

2001:

00.059 Solidarität schafft Sicherheit. Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst. Volksinitiative
00.090 Beitritt der Schweiz zum internationalen Strafgerichtshof
00.091 Aussenpolitischer Bericht 2000
00.093 Für den Beitritt der Schweiz zur UNO. Volksinitiative
00.095 Embargogesetz
01.001 Europarat. Bericht des Bundesrates
01.002 Parlamentarierdelegation beim Europarat. Bericht
01.003 Außenwirtschaftspolitik 2000. Bericht
01.004 Delegation EFTA/Europäisches Parlament. Bericht
01.005 Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Bericht
01.009 Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mexiko. Genehmigung
01.018 Zolltarifarisches Massnahmen. 2000/II. Bericht
01.052 Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Internationales Übereinkommen
01.054 Zolltarifarisches Massnahmen. 2001/I. Bericht
01.058 EFTA. Übereinkommen
01.428 Pa.IV. Schlüer. Sicherung der Neutralität

2002:

00.095 Embargogesetz
01.043 Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahre 2000. Bericht
01.072 Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung. Rahmenkredit
01.073 Osteuropa. Rahmenkredit
01.307 Kt.IV. Genf. Menschenrechtsverletzungen in Myanmar
02.003 Aussenwirtschaftspolitik 2001. Bericht
02.004 Europarat. Bericht des Bundesrates
02.005 EFTA-EP-Delegation. Bericht
02.006 Europarat. Bericht der schweizerischen Parlamentarierdelegation
02.007 Parlamentarische Versammlung OSZE. Bericht der schweizerischen Delegation
02.015 Freizügigkeit der Anwälte. Bundesgesetz
02.019 Zolltarifarisches Massnahmen 2001/II
02.025 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften oder Behörden. Zusatzprotokoll
02.036 Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahre 2001. Bericht
02.039 Grenzbereinigungsverträge. Abkommen mit Deutschland und Frankreich
02.048 Erklärungen über die Protokolle zu den Genfer Konventionen
02.058 Zolltarifarisches Massnahmen 2002/I
02.061 Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Singapur
02.212 Integrität des Status des Strafgerichtshofs (Römer Statut). Erklärung

2003:

02.076 Massnahmen zur zivilen Friedensförderung. Rahmenkredit
02.077 Massnahmen zur zivilen Friedensförderung. Bundesgesetz
02.085 Botschaft über die Teilnahme der Schweiz an den allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF. Verlängerung
02.086 Entwicklungszusammenarbeit. Finanzierung
02.091 Zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS. Rahmenkredit
02.414 Pa.IV. Partnerschaft der Schweiz mit einem Land des Südens
03.002 Jahresbericht 2002 OSZE
03.003 Aussenwirtschaftspolitik 2002. Bericht
03.004 Jahresbericht des Bundesrats über die Tätigkeiten der Schweiz im Europarat im 2002
03.005 Parlamentarierdelegation EFTA/EP. Jahresbericht 2002
03.006 Parlamentarische Versammlung des Europarates. Jahresbericht der Schweizer Delegation 2002
03.014 Zolltarifarisches Massnahmen 2002/II. Bericht
03.018 Schweiz und Vereinte Nationen. Zusammenarbeit
03.021 Exportförderung. Finanzierung für die Jahre 2004-2007
03.031 FIPOI. Finanzhilfe
03.034 Zentrum zur Entwicklung der internationalen Migrationspolitik. Beitritt der Schweiz
03.036 Internationale Währungs Kooperation. Neue Rechtsgrundlage



03.037	Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahre 2002. Bericht
03.040	Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern. Rahmenkredit
03.053	Zolltarifrische Massnahmen 2003/1. Bericht
03.061	Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Chile. Genehmigung
03.410	Pa.Iv. Verordnung über Parlamentarische Delegationen

23 Vorprüfung Parlamentarische Initiativen / Standesinitiativen

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat zwei parlamentarische Initiativen und drei Standesinitiativen vorgeprüft (keine Folge geben).

24 Ausarbeitung einer Vorlage

Ausarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlussentwurfes unter Federführung der Kommission (2. Phase): Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat ihrem Rat 1 derartige Vorlage unterbreitet:

- Bundesgesetz über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods. Änderung

25 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäften hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates im Rahmen der Mitwirkung des Parlamentes an der Aussenpolitik gemäss Art. 47^{bis} a GVG Konsultationen zu folgenden Geschäften durchgeführt:

- Verhandlungsmandat betreffend die Bilaterale Verhandlungen II mit der EU;
- Verhandlungsmandat betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU auf die neuen Mitgliedstaaten;
- Verhandlungsmandate betreffend die WTO Ministerkonferenz von Doha und die Doha-Runde (u.a. Ministerkonferenz in Cancun);
- Prioritäten der Schweiz für die jährliche UNO-Generalversammlung.

Zudem behandelte die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates im Sinne von Art. 15 Abs. 2 Bst. b und c GRN (siehe oben) verschiedene aktuelle Fragestellungen aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

- Anhörungszyklus über die institutionellen Reformen der EU im Jahr 2002;
- Verfolgung des Kriegs im Irak;
- Regelmässige Aussprachen mit den zuständigen Departementsvorsteherinnen und -vorstehern, insbesondere unter den wiederkehrenden Traktanden "Aktuelles aus dem EDA" und "Aktuelles aus dem EVD";
- Ein gemeinsames Seminar mit der APK-S über die Bretton Woods Initiative
- Gemeinsame Anhörungen mit der APK-S über die UNO im Rahmen der Beratungen der Volksinitiative "Für den Beitritt der Schweiz zur UNO" sowie über die Bretton Woods Institutionen.

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 1999 – Wintersession 2001: Walter Frey
- Vizepräsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Claude Frey
- Präsident Wintersession 2001 - Wintersession 2002: Claude Frey
- Präsidentin Wintersession 2002 - Wintersession 2003: Lili Nabholz
- Vizepräsident Wintersession 2001 – Wintersession 2003: Erwin Jutzet

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 1999:



Baumann Ruedi, Cavalli Franco, Dupraz John, Fehr Lisbeth, Fischer Ulrich, Frey Claude, Frey Walter, Galli Remo, Gysin Remo, Jutzet Erwin, Kofmel Peter, Lachat François, Mörgeli Christoph, Müller-Hemmi Vreni, Nabholz Lili, Rennwald Jean-Claude, Riklin Kathy, Ruey Claude, Schlüer Ulrich, Schmied Walter, Suter Marc, Widmer Hans, Wiederkehr Roland, Zapfl-Helbling Rosmarie, Zbinden Hans

- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 1999:
Stamm Luzi ersetzt Frey Walter ab November 2001. Banga Boris ersetzt Widmer Hans ab November 2001. Stump Doris ersetzt Zbinden Hans ab März 2002. Antille Charles-Albert ersetzt Kofmel Peter ab April 2003.

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommission(en) gebildet:

- Gemeinsame Subkommission APK-N/S „Mitwirkung des Parlaments im Bereich der Aussenpolitik“; Mitglieder: Gysin Remo, Frey, Schlüer, Zapfl (NR); Frick, Béguelin, Marty, Schmid Samuel (SR);
- Subkommission „Parlamentarische Aussenpolitische Aktivitäten“; Mitglieder: Zapfl, Baumann, Nabholz, Ruey, Schlüer, Gysin Remo, Wiederkehr;
- Subkommission "Menschenrechte, Friedensförderung, humanitäre Politik, Gouvernanz" (Mitglieder: Schmied Walter, Galli, Lachat, Jutzet, Kofmel, Müller-Hemmi, Ruey), Subkommission "Aussenwirtschaftspolitik, internationale Finanzarchitektur, Entwicklungspolitik, nachhaltige Entwicklung (WTO, BWI)" (Mitglieder: Gysin Remo, Banga, Frey Claude, Mörgeli, Rennwald, Schlüer, Suter, Zapfl), Subkommission "UNO-Generalversammlung, UNO-Organe, grosse internationale Konferenzen" (Mitglieder: Riklin, Baumann, Cavalli, Dupraz, Fehr Lisbeth, Fischer, Stamm, Stump). Diese Subkommissionen haben lediglich eine Sitzung abgehalten, weil das Büro die Mittel für die Weiterführung ihrer Tätigkeit nicht bewilligt hat.

4 Zeitaufwand der Kommission 2000-2003

41 Kommission

Die insgesamt **37 Sitzungen** (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben **36.5 Sitzungstage** beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt **364.75 Stunden** (knapp 10 Stunden pro Sitzungstag).

42 Subkommission(en)

Die insgesamt **19 Sitzungen** (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben **16.5 Sitzungstage** beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt **45.5 Stunden** (knapp 2.8 Stunden pro Sitzungstag).

5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

51 Prüfung von Bundesratsvorlagen

Unter den wichtigsten Bundesratsvorlagen fanden sich die Botschaften zu den Volksinitiativen „Ja zu Europa“ (99.011) und „Für den Beitritt der Schweiz zur UNO“ (00.093). Zur UNO-Initiative fand eine gemeinsame Anhörung mit der APK des Nationalrates statt.

Weitere Vorlagen des Bundesrates betrafen die Stärkung der schweizerischen Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit, wie beispielsweise zwei Rahmenkredite betreffend die Entwicklungszusammenarbeit (02.086, 03.040) sowie die Verlängerung der Rahmenkredite für die Ostzusammenarbeit (01.073) bzw. die Humanitäre Hilfe (01.072). Diesem Tätigkeitsbereich sind auch das neue Bundesgesetz und zwei Rahmenkredite über die zivile Friedensförderung (02.077, 02.076, 02.091), die Genehmigung des Abkommens gegen den



Völkermord (99.033) oder der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Strafgerichtshof (00.090) zuzuschreiben. Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des IWF bildete einen weiteren Schwerpunkt mit dem neuen Bundesgesetz über die internationale Währungshilfe (03.036) und der Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF (02.085).

Auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik stand die Exportförderung im Vordergrund. Die Kommission hat insbesondere das Exportförderungsgesetz (00.024) vorberaten und einen Mitbericht zum Rahmenkredit für die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2004-2007 (03.021) zuhanden der Kommission für Wirtschaft und Abgaben verfasst. Ferner hat sich die Kommission mit dem jährlichen Aussenwirtschaftsbericht befasst und die ersten Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit aussereuropäischen Ländern (Mexiko, Singapur, Chile) behandelt.

52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen

Die Kommission hat in der Berichtsperiode zwei parlamentarische Initiativen (01.428 Pa.Iv. Schlüs. Sicherung der Neutralität, 02.414 Pa.Iv. Zbinden Hans. Partnerschaft der Schweiz mit einem Land des Südens) sowie drei Standesinitiativen (95.309 Kt.Iv. Jura. Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union vors Volk!; 99.302 Kt.Iv. Wallis. WTO-Abkommen. Sozial- und Umweltklausel; 01.307 Kt.Iv. Genf. Menschenrechtsverletzungen in Myanmar) vorgeprüft und beantragt, ihnen keine Folge zu geben.

53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen ("2. Phase" von parlamentarischen Initiativen)

Aufgrund der Pa.Iv. Gysin Remo "Genehmigung von Kapitalaufstockungen des IWF durch das Parlament" (98.418) erarbeitete die Kommission den Entwurf einer Änderung des Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods. Mit dieser Gesetzesänderung sollte der Bundesrat verpflichtet werden, den Abschluss von internationalen Verträgen über Kapitalaufstockungen des IWF dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Bisher war lediglich die vorgängige Information des Parlaments im Gesetz vorgesehen. Die Gesetzesänderung wurde in beiden Räten angenommen.

54 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (GRN Art. 15 Abs. 2 Bst. b)

Die Kommission hat im Jahr 2002 eine Reihe von Anhörungen über den Prozess institutioneller Reformen durchgeführt, den die Europäische Union im Hinblick auf die Osterweiterung durchläuft. Ziel der Kommission war es, sich einen Überblick über die Entwicklung der grossen Reformvorhaben der EU zu verschaffen im direkten Kontakt mit Persönlichkeiten die daran beteiligt sind. So hat die Kommission 5 Anhörungen mit vorwiegend ausländischen Politikerinnen und Politikern sowie Expertinnen und Experten in Bern durchgeführt und eine Kommissionssitzung in Brüssel abgehalten, welche Gesprächen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern am EU-Konvent gewidmet war. Inhalt der Anhörungen und Schlussfolgerungen der Kommission sind im Bericht "Anhörungszyklus zur Europäischen Union" vom 25. März 2003 (03.048) zusammengefasst.

Unter dem Titel „Aktuelles aus dem EDA“ und „Aktuelles aus dem EVD“ lässt sich die Kommission regelmässig über aussenpolitisch relevante Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich der beiden Departemente informieren, in der Regel durch die Departementsvorsteherin bzw. -vorsteher persönlich.



Intensiv hat die Kommission die Entwicklung des Kriegs im Irak verfolgt und dabei ein besonderes Augenmerk auf die neutralitätspolitischen Auswirkungen auf die Schweiz gerichtet. Zu diesem Thema fand eine gemeinsame Sitzung mit der APK-S statt.

Die Kommission interessierte sich weiterhin für das Internationale Genf als wichtige aussenpolitische Plattform der Schweiz. Sie liess sich regelmässig durch den Vorsteher bzw. die Vorsteherin und die Vertreterinnen und Vertreter des EDA orientieren. In Ergänzung dazu besuchte sie internationale Organisationen in Genf, darunter das IKRK, das World Economic Forum und das Genfer Minenzentrum, um sich mittels direkter Informationen ein umfassendes Bild des Internationalen Genfs machen zu können.

Gemeinsam mit der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates hat die Kommission im Jahr 2001 insgesamt fünf Kurzbesuche bei Parlamenten von Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt. Die Besuche wurden in der Regel von einer Delegation mit je zwei Mitgliedern der beiden Kommissionen bestritten und dauerten jeweils einen Tag. Sie dienten der Aufnahme eines direkten Dialogs über die schweizerische Integrationspolitik, um Verständnis für die europapolitischen Anliegen der Schweiz zu schaffen und um Einblick in die Standpunkte der Gesprächspartner zu erhalten. Wichtige Themen waren die Ausgestaltung neuer bilateraler Verhandlungen sowie die Anliegen der EU im Zusammenhang mit dem Finanzplatz Schweiz.

Schliesslich fand einmal pro Jahr eine Informationsreise statt. Die Kommission besuchte Algerien (2000), die USA (2001), China (2002) und Polen (2003).

55 Koordination mit anderen Kommissionen

Die Kommission hat in einer gemeinsamen Subkommission mit der APK des Nationalrats einen umfangreichen Bericht zuhanden der Staatspolitischen Kommission ausgearbeitet, in welchem sie zum Entwurf des neuen Parlamentsgesetzes Stellung nahm und Änderungsanträge einreichte.

Ferner hat die Kommission Mitberichte bei Geschäften verfasst, die in der Zuständigkeit anderer Kommissionen lagen, aber wichtige aussenpolitische Aspekte aufwiesen. So hat sie namentlich zur Volksinitiative „Solidarität schafft Sicherheit“ und zur Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2004-2007 Stellung genommen. Umgekehrt hat sich die Sicherheitspolitische Kommission mittels Mitbericht an der Vorberatung der drei Vorlagen betreffend die zivile Friedensförderung (siehe oben, 51) beteiligt.

Diese Zusammenarbeit unter Kommissionen im Rahmen des Mitberichtsverfahrens kann als positiv beurteilt werden. Sie hat zur Klärung der Sachlage und zur Meinungsbildung der Kommissionsmitglieder beigetragen.

56 Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik

Entsprechend den Bestimmungen in Artikel 47 bis a GVG wurde die Kommission zu den Mandaten betreffend die neuen bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union sowie die Ausdehnung der Bilateralen Verträge I auf die neuen EU-Mitgliedländer konsultiert. Konsultationen fanden auch zu den Verhandlungsmandaten für die WTO-Konferenzen von Doha und Cancun statt.

Weiter waren die Prioritäten der Schweiz für die Generalversammlung der Vereinten Nationen in 2002 und 2003 Gegenstand von Konsultationsverfahren. In diesem



Zusammenhang hat sich die Kommission in einem ersten Anlauf mit der Frage befasst, wie das Parlament in die Arbeiten der UNO-Generalversammlung einbezogen werden könnte.

6 Ausblick: wichtige Themen der 47. Legislaturperiode 2003 - 2007 im Zuständigkeitsbereich der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (soweit z.Zt. voraussehbar)

Die Kommission wird sich auch in Zukunft mit den Entwicklungen der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union befassen. Sie wird sich regelmässig über den Verlauf der Verhandlungen orientieren lassen und ihre Mitwirkungsrechte wahrnehmen. Neben dem Abschluss der Bilateralen Verhandlungen II steht hier die Ausdehnung der Personenfreizügigkeitsabkommen auf die neuen EU-Mitgliedländer im Vordergrund. Der innenpolitische Meinungsbildungsprozess über die längerfristige Integrationspolitik der Schweiz ist nicht abgeschlossen. Die Kommission wird sich an diesem Prozess weiterhin aktiv beteiligen. Ferner wird sich die Kommission im Rahmen des Konsultationsverfahrens an den Vorbereitungsarbeiten des Bundesrates in Bezug auf eine mögliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beteiligen.

Die Stellung und Rolle der Schweiz in den Vereinten Nationen wird ein zweiter Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit darstellen. Die Kommission wird die Aktivitäten der UNO verfolgen und sich über die Mitarbeit der Schweiz informieren lassen, entweder mittels der in Artikel 152 ParlG festgelegten Konsultationsmechanismen oder im Rahmen der Gespräche über aktuelle Themen mit der Vorsteherin des EDA. In thematischer Hinsicht werden insbesondere die Reformen der Weltorganisation und die Neutralität im Mittelpunkt stehen.

Die dritte Priorität wird weiterhin die bilaterale und multilaterale Beteiligung der Schweiz an der internationalen Zusammenarbeit sein. Die Kommission wird die Politiken und die Aktivitäten der Schweiz im Rahmen der Entwicklung- und Ostzusammenarbeit, der humanitären Hilfe, der zivilen Friedens- und Menschenrechtsförderung sowie der Wirtschafts- und Währungshilfe prüfen und mitgestalten. Auf multilateraler Ebene spielen hier die Bretton Woods Institutionen eine wichtige Rolle.

Ferner wird sich die Kommission mit Fragen des Welthandels befassen. Schwergewichtig werden sich die Kommissionsberatungen in diesem Gebiet auf die Verhandlungen im Rahmen der WTO sowie auf die bilateralen Massnahmen zur Verbesserung der Stellung der Schweiz im internationalen wirtschaftlichen Umfeld (Freihandelsabkommen und Exportförderung) konzentrieren.

Schliesslich wird die Kommission die allgemeine internationale Lage sowie die bilateralen diplomatischen Beziehungen der Schweiz verfolgen.